Freie Demokraten
Lüneburg Stadtratsfraktion FDP

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Rathaus
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 02.11.2022

Frank Soldan
Vorsitzender der
FDP-Fraktion im Rat
der Hansestadt Lüneburg
Te.: 0172 4304242
frank.soldan@fdp-lueneburg.de

FDP Lüneburg
Marie-Curie-Str. 12
21337 Lüneburg

www.fdp-lueneburg.de

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zur nächsten Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg stellen wir den folgenden **Dringlichkeitsantrag**:

Bei allen verkehrlichen Maßnahmen ist eine Beurteilung der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer eine Conditio sine qua non vor der Beschlussfassung zu der Maßnahme. Dazu sind wenigstens die Verkehrsexperten der Lüneburger Polizei zu hören. Ihre Expertise ist den politischen Entscheidungsträgern vor der Beschlussfassung vorzulegen.
Das ist im Falle der Umgestaltung der Hindenburgstrasse nicht erfolgt.
Daher beantragen wir die Aufhebung der entsprechenden Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und des Rates, da sie ohne Kenntnis der Verkehrssicherheitslage nach dem Umbau zustande kamen:

1. **Aufhebung des Beschlusses zu Punkt 4. Hindenburgstrasse des TOP N20 (VO/09993/22) des Verwaltungsausschusses vom 5.5.22**
2. **Aufhebung des Beschlusses zu Punkt 1. Umsetzung des Beschlusses des Verwaltungsausschusses vom 05.05.2022 (VO/09993/22) des TOP Ö20 des Rates der Hansestadt Lüneburg vom 12.10.22**

Begründung:
Erst am 29.10.2022 konnten wir in einem Artikel der Landeszeitung lesen, dass zu der Umgestaltung der Hindenburgstrasse (Fahrradstreifen auf die Fahrbahn) weder die Verkehrsexperten der Lüneburger Polizei, noch der Behinderten- und Seniorenbeirat und auch nicht der ADAC gehört wurden. Lediglich der ADFC wurde beteiligt.
Damit fehlte zur Beurteilung der Verkehrssicherheitssituation nach dem von der Verwaltung gewünschten Umbau jegliche Expertise der genannten Fachleute..
Die Entscheidung von VA und Rat sind somit ohne Kenntnis aller entscheidenden Fakten zustande gekommen.
Da entsprechende Haushaltsmittel vorhanden sind und die Entscheidungen von Rat und VA für die Verwaltung bindend sind, müssen diese Beschlüsse aufgehoben werden, um nach Anhörung der genannten Fachleute die Situation neu zu beurteilen und erst dann eine Entscheidung zu treffen.

Für die Fraktion Frank Soldan